

Die dritte Lesung der Wehrvorlage.

Weimar, 27. Februar.

Am Regierungstische: Schreibmann, Koste, Schiffer, Landwehr, Dr. Groß, Reinhardt, Erzberger, Gothein, Wolf, David, Gildemann u. a.
Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung 10 Uhr 20 Min. Eingegangen ist u. a. ein Gesuch zur Vereinfachung der Verlehrserschwerungen. Der Ausschuss für Handel und Gewerbe wird in der Folge als Ausschuss für Volkswirtschaft bezeichnet werden. Von der Ernennung der Quästoren wird Abstand genommen.

Zur dritten Lesung steht zunächst der Gesetzentwurf über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr.

Abg. Dr. **Reinhardt** (Zent.) verlangt die Befestigung aller Kenntnisse, die der Ordnung entgegenstehen. Die aktiven Unteroffiziere werden das Rückgrat der neuen Kruppe bilden. Man muß ihnen eine Fortbildungsgänge gewähren. Ebenso sei erforderlich, den Militärämtern weit mehr als bisher entgegenzukommen. Nicht nur den amerikanischen Staaten, sondern auch seitens der Sozialisten wird alles aufgeboten, um deutsche Unteroffiziere zu gewinnen. Die Freiwilligenwerbung müsse durch deutsche Werbeauslässe unterstützt werden. Die bolschewistische wie die Polenstraße im Osten seien in stetiger Zunahme.

Reichswehrminister **Koste**: Den Fragen der Fortbildungszulagen, Fortbildungskosten und anderer Regelung der Gehaltsfrage werde selbstverständlich die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Die braunfarbige Regierung hat jedem Unteroffizier, der von dem Zivilberufungsamt seinen Gebrauch macht, 8000 M. versprochen. Die Reichsregierung denkt gar nicht daran, die Wehr zu einzusparen, die sie jetzt braunfarbige provisorische Regierung auf Kosten des Reiches zieht. (Beifall.)

Abg. **Bray** (Unabh. Soz.): Die Regierung will öffentlich Gewalt gegen Gewalt setzen. Durch Schauernachrichten wird eine Stimmung des Volkes gegen Spartakus erzeugt. Für das weitere Ausschreiben von Spartakus sorgt die Regierung selbst. Die Streiks im Ruhrgebiet waren reine Lohnstreiks. Wir haben gegen den Ausschreib von Generalstreiks gewirkt. (Lärm von den Soz.: Das Gegenstück haben Sie getan! Präsident **Fehrenbach** ruft den Redner wiederholt zur Ruhe.) Die Reichswehr ist das unangenehmste Instrument zur Schaffung der Ordnung. Das Sozialistengesetz erleidet jetzt eine Renaissance. Schamlos werden die Sozialisten auf die Arbeit losgelassen. Sogar im Parlamentsgebäude haben sich Sozialisten an mich herangebracht. Das Edenhotel in Berlin ist bezogen von dreierlei Vorkämpfern.

Abg. **Schäpflin** (Soz.): Es ist eine Verleumdung, daß die Reichswehr gegen die Arbeiter verwendet werden soll. Herr **Bray** weiß auch, daß das nicht wahr ist. Er will nur in echt demagogischer Weise die Verhöhnung des deutschen Volkes weiter betreiben. Nicht gegen die Streikenden, sondern lediglich gegen Händler, Händler, Plünderer soll das Wort gelten: Gewalt gegen Gewalt! Es handelt sich um den Kampf gegen die Horden, die gegenwärtig Teutland überfallen und es in das größte Unglück führen müssen, wenn dieses Treiben fortgesetzt. Im Ruhrgebiet waren nicht 10 v. H. der Arbeiter für den Streik. Die Arbeitermassen sind mit Gewalt hineingetrieben worden.

Reichswehrminister **Koste**: Zu der Rührergeschichte (Gelehrte) über Spiegelmärkte kann ich nur erklären, daß selbstverständlich die Reichsregierung keinerlei Aufgabe in dieser Richtung gegeben hat. Eine Anzahl Leute gibt es, die keine andere Aufgabe zu tun wissen, als das Reich direkt in den Ruin hineinzutreiben und russische Forderungen in Teutland zu schaffen. Herr **Dr. Cohn**, der mir mitteilt, daß die Reichsregierung die Selbstwirtschaftlichkeit, kann ja nicht wissen, daß die russischen Forderungen nicht nur die russischen Agenten und russisches Geld auch bei der jetzt im Lande im Gange gelegenen Bewegung eine Rolle spielen.

Abg. **Bray** (Unabh. Soz.): Wenn der Abgeordnete **Schäpflin** behauptet, ich hätte den Streik provoziert, so ist das eine glatte Unwahrheit. (Lärm von den Sozialdemokraten.) Anfang Januar ist auf meine Intervention der Streik nicht ausgedroht.

Abg. **Schäpflin** (Soz.): Sobald man die Unabhängigen wegen ihrer Zusammenarbeit mit den Spartakisten stellt, schlagen sie sich selbst in die Wäsche und stellen sich als unehrlich hin.

Dieses feige Ausweichen vor der Verantwortung ist für einen Arbeiter und Sozialisten tief beschämend. (Schafte Zustimmung.) Tatsächlich haben die unabhängige Presse und die Redner der Unabhängigen fortgesetzt zum politischen Generalstreik aufgerufen. Erst ist eine von den Unabhängigen beherrschte Stabskommission herbeigeholt worden, die aus der Partei hervorgeht, die dort als Partei mit Maschinengewehren und Handgranaten versehen bestrebt sind und daß die Arbeiter mit Waffen Gewalt aus den Händen entfernt werden. Erst ist aber nicht sozialistisch, sondern unabhängig. Die aufgeregtesten Menschen übergehen jetzt schon die Forderungen der Unabhängigen.

Abg. **Que** (Soz.): Herr **Bray** gehörte in Wien zu jener Gruppe, die die denkwürdigen Anträge gestellt hat. Aus seiner Rede kamen die Generalstreiksanträge. (Lärm, Heul) Auf der Konferenz am 18. d. M. stellte es sich heraus, daß die ungeheure Mehrheit der Verarbeitenden gegen den Generalstreik

war. Von 520 Vertretern der 314 der Konferenz. Mit nur 170 Stimmen ist dann der unbeschränkte Generalstreik beschlossen worden. Wenn durch den Generalstreik wirklich die Regierung abgesetzt und die Nationalversammlung aufgelöst wird, glauben Sie (zu den Unabhängigen), daß sich die ungeheure Mehrheit der Verarbeitenden dann die neue Gewaltdiktatur einfach gefallen läßt? Von diesen Rumpfen hat den Nutzen nur die Bourgeoisie und der Kapitalismus. Die Arbeiter werden freigegeben, wenn die Unabhängigen immer wieder den Generalstreik erzwängen, weil sie jetzt bei der Arbeit nur Jubelgeklöse leisten müssen.

Abg. **Dr. Cohn** (Unabh. Soz.) spricht über die Verwendung der russischen Gelder. Ich war Neuchâtel bei der russischen Volkswirtschaft, als am 5. November der russische Volkswirtschaftler Joffe die Aufforderung erließ, am nächsten Tage Berlin zu verlassen. Er übergab mir in der Nacht eine runde Million, damit ich mit diesem Geld die Gehälter der etwa 100 Angehörigen der Volkswirtschaft besahe. (Lärm von den Unabhängigen) Sehr gut! und die übrigen Verpflichtungen der Volkswirtschaft betrug 10 1/2 Millionen lagen bei Mendelsohn, sie sollten für die Unterstützung der russischen Seemannen und Zivilpersonen verwendet werden. Dieses Geld wurde mit jedoch zum Bankrott nicht ausreichte, und so mußte ich wieder von der Million auch diese Kosten bestreiten. Ich behaupte, daß ich höchstens 500 000 M. an russische Währungen habe verwenden können, für Jung-Älter und dergleichen. Es ist nicht wahr, wenn Joffe behauptet, er hätte mir vier Millionen übergeben. Der Abgeordnete **Prumann** vom sozialdemokratischen Parteivorstand weiß ganz genau, wieviel Hunderttausende deutsche Parteimitglieder ins Ausland geflohen sind. Durch meine Hände ist kein russisches Regierungsgeld geflossen. Joffe hat mir nur Parteigelder gegeben. (Lärm von den Unabhängigen) Von der Million habe ich auch nur 500 000 Mark in die Hände bekommen, weil das übrige von der Post sequestriert wurde.

Reichswehrminister **Koste**:

Der Abgeordnete **Dr. Cohn** hat in den letzten Tagen wiederholt behauptet, daß er ein absoluter Feind der Unordnung im Lande sei und daß er keine Freude jeden Aufstandes, wie jede Revolution, mit sich bringen könne. Wenn die Regierung aber den vernünftigen Versuch macht, sich ein Instrument zu schaffen, um der Unordnung und Gewalttätigkeit im Lande entgegenzutreten, dann schreien diese Herr **Cohn** und seine Freunde Jeter und Morbio darüber, daß die Regierung vor Anwendung von Gewalt nicht zurückbleibe. Mit einer Demagogie, wie sie gemeingefährlicher und gewissentlicher nicht gemacht werden kann, wird der Versuch gemacht, gegen die Freiwilligen Einmischung zu machen. Es kann man die nötigen Schlußfolgerungen ziehen, mit welcher Begeisterung Herr **Cohn** dazu bereit

ist, daß unser armen, zertretenes Land wieder eine gewisse Verfassung gebracht wird. Der Versuch, die Freiwilligenverbände unbrauchbar zu machen, wird auch von den Unabhängigen ganz offen verteidigt. Dann das Kapitel des russischen Geldes: Die Tatsache, daß es nicht bestreitet worden, daß Parth russische Gelder in Empfang genommen hat zur Befestigung des Bürgerkrieges in Deutschland. Und nun frage ich vor dem ganzen Lande diese Gemütskurven da draußen (zu den Unabhängigen), die uns immer wieder einen Vorwurf machen, wenn wir vor Gewalt nicht zurückweichen: In welchem Zweck habt ihr damals den Arbeitern die Pistolen in die Hand gegeben, die mit russischem Gelde angekauft waren? Doch nur zu dem Zweck,

gegen eigene Volksgenossen den Kampf zu führen

(Beifall), und dann kommen Sie (zu den Unabhängigen) jetzt und machen uns einen Vorwurf daraus, daß wir verstanden, die großen Massen der Bevölkerung vor Gewalt zu schützen. Das ist ein Maß von Heuchelei, wie es krasser und toller gar nicht gedacht werden kann. Die Herren von den unabhängigen Sozialdemokraten mögen sich wundern und fragen wie sie wollen: Die Empfangnahme des russischen Geldes und seine Verwendung ist ein so weltliches Kapitel für sie, daß sie niemals imstande sein werden, sich vor dem deutschen Volk dafür zu verantworten. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.
Abg. **Prumann** (Soz.): Von einer Unterstützung der russischen Revolution durch deutsche Parteigenossen weiß ich nichts. (Abg. Frau **Jay** (Unabh. Soz.): Welch kurzes Gedächtnis!) 1906 handelte es sich nur um die Unterstützung der Opfer der Revolution, nachdem der Parlament die Revolution niederschlagen hatte. (Lärm, Heul)

Abg. **Dr. Cohn** (Unabh. Soz.): Das war mit ein Vorwand. Ich mag Vertrauensmann der Partei und über mein Konto war das Geld gegangen. (Lärm, Heul bei den Unabh. Soz.) Nicht erst das Vertrauen damals der Deutschen und jetzt der Russen.

Nach weiterer Debatte wird das Begehren in dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Darauf wird die Sitzung bis 3 1/2 Uhr nachmittags unterbrochen.

Nachmittags-Sitzung.

Zur Beratung steht das

Übergangsgesetz.

Es bequemt, an die Stelle der befristeten Gewalt der alten Verfassung neue Rechtsnormen zu setzen. So wird bestimmt, daß die früheren Befugnisse des Reichspräsidenten auf die Nationalversammlung, die des Bundesrats auf den Staatsausschuß und die des Kaisers auf den Reichspräsidenten übergehen. Anträge der Deutschen nationalen Volkspartei fordern die Aufhebung des Übergangsgesetzes und eine möglichst weitgehende Einschränkung des Verordnungsrechtes, Anträge der Unabhängigen eine Einschränkung der Rechte des Reichspräsidenten und des Staatsausschusses.

Aus einer großen Reihe von Einzelbestimmungen geht schließlich § 1 in folgender Fassung hervor:

Die bisherigen Rechte und Verbindungen des Reiches bleiben bis auf weiteres in Kraft, soweit ihnen nicht dieses Gesetz oder das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 entgegensteht. In Kraft bleiben oder treten auch die von dem Rat der Volkswirtschaftler oder der Reichsregierung erlassenen und veröffentlichten Verordnungen. Ein Vergleich dieser Verordnungen ist der Nationalversammlung innerhalb der Frist von einem Monat nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes vorzulegen. Eine Verordnung ist von der Reichsregierung außer Kraft zu setzen, wenn die Nationalversammlung dies innerhalb dreier Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes beschließt. Das Besondere ist im Reichsgesetz zu veröffentlichen. Verordnungen, die in diesem Vergleich nicht stehen, treten außer Kraft.

Der Antrag **Goebel**, **Reber** und **Weder** wegen der Nachprüfung der Verordnungen in drei Ausschüssen wird angenommen. Der Rest des Gesetzes wird nach dem Entwurf ohne Debatte erledigt.

Nächste Sitzung Freitag, 10 Uhr. Interpellation **Arnstadt** und **Genossen**, dritte Beratung des Übergangsgesetzes, erste Lesung des Verfassungsgesetzes.

Deutsches Reich.

Putschrüstungen in Berlin?

Der Germania will es als feindselig gewiß empfinden, daß das Vorgehen in Mitteldeutschland und speziell gegen Weimar für die Spartakisten im Augenblick die Hauptsache sei. Es handle sich nur um ein Ablenkungsmanöver, um die allgemeine Aufmerksamkeit von Berlin wegzuziehen, die für neue Putsch in Berlin anlässlich des Zusammentritts der preussischen Landesparlamentarier in der nächsten Woche betrieben würden. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die bevorstehende Krisenprobe zwischen Ordnung und Anarchie die größte werden würde, die wie seit Ausbruch der Revolution erlebt haben. Gelangt es diesmal der Ordnung und ihren Vertretern, sie durchzusetzen, dann würden wir bald wenigstens den Vorfrieden mit dem Feinde geschlossen sehen, aber auch nur dann.

Wiederentnahme der Arbeit in Düsseldorf.

Düsseldorf, 28. Februar. Der Generalstreik, der über Düsseldorf verhängt worden ist, wird nunmehr durch die Wiedereinstellung von 75 Prozent des Arbeiteloses während der Streiktage durch die Arbeitgeber seinen Abschluß erhalten. Die Wiedereinstellung der Arbeit soll morgen erfolgen.

Neue Streiks im Ruhrgebiet.

Essen, 27. Februar. In der heutigen Morgenzeitung sind die Belegblätter der **Zeitung** **Marx** **Stimme**, und **11. National** **Stimme** **IV** und **V** und **Berein** **die** **Welt** **aus** **Frankfurt**. Der Grund ist die Forderung einer sofortigen 20-proz. Lohnerhöhung. **Ernest** **in** **den** **Westen** **getreten** **ist** **die** **Belegschaft** **der** **Zeitung** **Reiner** **Friedrich** **und** **Saxop**, gleichfalls wegen Lohnforderungen. Die Gesamtzahl der Unabhängigen beläuft sich auf 5100.

Landtagswahl in Gotha.

Bei der Wahl zur gothaischen Landesversammlung erhielten die Unabhängigen 42195, die Demokraten 17926, die Deutschen 1253, die mit den Deutschen verbundenen 3264 und die Mehrheitssozialisten 7339 Stimmen. Fünf Kandidaten fehlten nach. Infolge des Generalstreiks ließ sich das Wahlergebnis außerordentlich schwer und langsam feststellen. Es werden voraussichtlich ausfallen auf die Unabhängigen 10, die Demokraten 4, die Deutschen 4 Sitze und die Mehrheitssozialisten 1 Sitz.

Explosion eines Granatenlagers.

Am 28. Februar. In Westhofen bei Köln lagerte durch eine Explosion der Granatenlager, zusammen. Wüder wurden durch die Feuerwehre 13 Tote und 12 teils schwer, teils leicht Verletzte getötet.

Sächsische Angelegenheiten.

Der Verfassungsentwurf im Ausschusse. — Ablehnung des Staatspräsidenten. — Die Sozialisierungsfrage.

Der Belegungsentscheid der Volkstammer hat gestern in Beratungen, die den ganzen Tag erforderten, die Vorlage einer vorläufigen Verfassung für Sachsen verabschiedet. Zuerst wandte man sich der Frage des Staatspräsidenten

zu. Die Bestimmung in § 11 des Entwurfs, die einen Präsidenten vorsieht, wurde abgelehnt. Darauf ergab sich die Notwendigkeit einer weitgehenden Umarbeitung der Vorlage, da nunmehr die Obliegenheiten des Staatspräsidenten auf das Gesamtministerium und den Ministerpräsidenten übergehen.

Sodann wurde konst. an der Vorlage wenig geändert. Bei der Vorchrift über die Volksabstimmung wurde festgelegt, daß alle zur Volkstammer Wahlberechtigten zur Teilnahme an der Volksabstimmung berechtigt sind. Die Bestimmung, wonach die Volkstammer, wenn die Volksabstimmung gegen einen von ihr gefassten Beschluß entscheidet, aufgelöst werden muß, wurde dahin abgeändert, daß die Auflösung nur erfolgen kann. Das Recht, die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen durch die Volkstammer (§ 7 des Entwurfs) und die Einberufung der Volkstammer zu verlangsamen (§ 9), sollte einem Drittel der Abgeordneten gegeben sein; die Zahl wurde auf ein Viertel herabgesetzt. Eine längere Debatte fand über die Frage statt, ob ein einzelner Minister eine abweichende Stellung in der Volkstammer vertreten darf. Es wurde festgestellt, daß das unmöglich ist und daß das Gesamtministerium nur einheitlich auftreten kann.

Ein Antrag der „Unabhängigen“, den Arbeiter- und Soldatenräten in der Verfassung besondere Rechte zu geben, wurde abgelehnt.

Von „unabhängiger“ Seite wurde weiter beantragt, eine Bestimmung an die Spitze der Verfassung zu stellen, die ein Sozialisierungsprogramm bedeutete. Die Schwierigkeit bestand darin, daß in ein Grundgesetz, wie die Verfassung es ist, kein programmatische Erklärungen ohne gesetzliche Fassung nicht hineingepaßt. Außerdem trug der eingebrachte Antrag den Mangel an sich, daß er Sozialisierung r und weg, ohne Beachtung der Voraussetzungen, forderte. Aus grundsätzlichen Erwägungen stimmten aber auch unsere Genossen dafür. Zwischen der ersten und der zweiten Lesung fand dann eine Vereinbarung unter den Vertretern beider sozialistischer Gruppen statt. Danach wurde die Sozialisierungsfrage zwar nicht der Verfassung selber einverleibt, aber als gesonderter Beschluß mit der Bestimmung angenommen, daß er die Richtlinien für die Politik der Republik geben soll. Der hiernach mit den Stimmen der beiden sozialistischen Gruppen gegen die der bürgerlichen Parteien angenommene Antrag **Ublig-Lipinski** lautet:

Sachsen ist ein demokratisch-sozialistischer Freistaat im Rahmen des Deutschen Reiches. Die Sozialisierung der Wirtschaft ist nach dem Stande der Entwicklung herbeizuführen. Die dazu reifen Wirtschaftszweige und die Schätze des Bodens sind gesellschaftliches Eigentum überzuführen und unter staatliche Aufsicht zu stellen. Auch hierbei ist der Zusammenhang Sachsens mit dem Reich zu beachten und zu wahren. Die Produktion ist planmäßig nach sozialistischen Grundsätzen auszubauen, die Verteilung der Verbrauchsgüter dementsprechend zu regeln.

Die Verfassung selber wurde einstimmig, bei Stimmenthaltung der zwei Deutschenationalen, angenommen.

Aus dem Kriegsministerium.

In Sachsen ist die Demobilisierung fast restlos beendet. Nur in der Lüneburger Heide sind noch Truppen auf dem Heimtransport. In ganz kurzer Zeit wird die Demobilisation in geregelte Bahnen gelenkt. Aus den Beständen der Heeresverwaltung wurde armen Gemeinden Unterstützung gewährt. Den der Witterung am meisten ausgesetzten Arbeitern usw. wurden große Mengen guter Schuhe und Stiefel zur Verfügung gestellt. Lederabfälle wurden an Interessenten abgegeben. Außerdem wurden der Volkswirtschaft große Mengen Geräte, Schlitzen, Wagen, Pferde und ähnliches zugeführt. Um das Verkehrswesen zu verbessern, wurde der Straßenverkehr erheblich eingeschränkt, und zur Linderung der Wohnungsnot wurden militärische Gebäude zu Wohnzwecken freigegeben.

Um die Anbaufläche zu vermindern, verfügte das Ministerium, daß große Teile der Liegenschaft der landwirtschaftlichen Nutzung überlassen werden. Heerespferde werden ausgeteilt, wodurch das Wirtschaftswesen gefördert wird.

Durch militärische Anstaltsklassen wurde vielen die Freiheit wiedergegeben, wurden andre vor Verhaftungen bewahrt.

Den Kindern der in der Heeresverwaltung tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen oder den Kinderfürsorgeeinrichtungen des Landes wurden erhebliche Zuschüsse geleistet. Es wurden Rockkurse, Näh-, Säuglingspflege- und Krankenkurse eingerichtet. Hierdurch und durch Mittel zum Ausbau des Arbeitsnachweises wurde erheblich zur Wäberung des Arbeitslosigkeit unter den Frauen beigetragen. Zur selben Zeit wurden den Heeresarbeitern Lohnverböhrungen gewährt und Vorräte getroffen, daß den in der Munitionindustrie beschäftigt gewordenen Arbeitern andre Arbeit zugewiesen werden konnte. Die Heeresverwaltung traf umfassende Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung ansteckender Krankheiten, insbesondere von Geschlechtskrankheiten.

Um Streitigkeiten zwischen Offizieren und S.-Mägen zu regeln, wurde eine Kommission geschaffen, in der zwei Offiziere und zwei S.-Mitsglieder entscheiden. Bemerkenswert ist, daß in allen Fällen, wo es zu einer Entscheidung kommen mußte, diese einstimmig erfolgte, daß also auch die Offiziere sich für Ablegung von Offiziersämtern ausdrückten. Soweit man Offiziere behalten mußte, wurde möglichst darauf gesehen, daß es nur die besten waren. Allein von Mitte Januar bis Mitte Februar wurden verabschiedet: 19 Generale, 18 Obersten, 41 Stabsoffiziere und eine große Anzahl jüngerer Offiziere. Es wurde ferner auf die inaktiven Offiziere des Preussischen Bundes ein Druck dahin ausgeübt, daß sie ihren Abschied nahmen. Weil es sehr schwierig ist, solche Offiziere, die Versorgungsansprüche stellen, zu entlassen, wurde bestimmt, daß wenigstens die mit den höchsten Gehältern verabschiedet wurden, auch wenn die Versorgungsansprüche noch nicht gefordert waren. Dem Staat sind dadurch große Summen erspart worden.

Von der Obersten Heeresleitung ist der Schatz der Grenzen der sächsischen Republik dem Ministerium selbständig übertragen worden. Die ganze Front, etwa 360 Kilometer lang, wird von Freiwilligentruppen gehalten, die sich bisher ebenso bewährt haben wie die zum Schutz im Innern geschaffenen Sicherheitsstruppen.

Infolge des ziemlich reibungslosen Zusammenarbeitens des Ministeriums mit den S.-Mägen blieb Sachsen bisher von Erschütterungen verschont. Die Verordnung über die Regelung der Kommunalverwaltung und die Stellung der S.-Mägen wurde von Sachsen von vornherein in der Hauptsache abgelehnt und wesentlich verbessert. Gegen die sächsische Verordnung hat sich bisher außer bei einigen S.-Mägen, die sich grundsätzlich untern demokratischen Gemeinwesen nicht einordnen wollen, keinerlei Widerstand gezeigt.

Stadt-Chronik.

Lohnerhöhungen und Lebenshaltung.

Bei der Hege gegen die Lohnerhöhung, die sich die Arbeiter in den letzten Monaten erlaßt hat, wird ganz außer acht gelassen, daß die Lohnerhöhung nur eine Folge der inflationären Wertenerhöhung der Lebenshaltung ist...

Die Lebensmittelpreise sind wirtschaftlich nachgewiesen um 30 Prozent gestiegen. Die Warenpreise sind in Deutschland seit Kriegsausbruch durchschnittlich um mindestens 300 Prozent gestiegen...

Der Spartakusangriff auf die Dresdner Volkszeitung vor dem Militärgericht.

Der Angriff auf die Dresdner Volkszeitung am 10. Januar ist ein Nachspiel vor dem hiesigen Militärgericht. Wegen Landfriedensbruchs und eigenmächtigen Verlassens der Wache hatte der Sekretär Ernst Heinrich Schwarz von der 8. Eskadron des Bundesartillerie-Regiments die Beschlüsse des Spartakusangriffes auf der Hauptwache...

Als es dann zum Tumult vor dem Volkshausgebäude kam und geschossen wurde, will er sich schleunigst davon gemacht haben. Auf Grund des Ergebnisses der Vernehmung konnte die Anklage wegen Landfriedensbruchs nicht aufrechterhalten werden...

Dresdner Ernährungsfragen.

In der letzten Sitzung des städtischen Lebensmittelausschusses wurde zunächst über den allgemeinen Stand der Kartoffelversorgung berichtet.

Dresden ist noch auf etwa drei Wochen mit Kartoffeln versorgt. Der Mehlverbrauch hat zwar in der vorigen Woche zugenommen, aber die Vorräte sind noch in ausreichendem Maße vorhanden. Bei dem völligen Ausfall der Weibing-Pöfen als Mehlwerke und bei den unsicheren Verhältnissen und Verkehrsverhältnissen ist die Lage der allgemeinen Versorgung als unklar zu bezeichnen...

Mehrmittelverteilung.

Nach der die Mehrmittelkarte A mit 2 Pfund, B mit 1 1/2 Pfund, C mit 1 Pfund und D mit 1/2 Pfund Mehl ein beliebiges, sonst die Zulassungen um je 1/4 Pfund erhöht werden.

Hiegenmilch und Hiegenkäse

Nach der Berechnung des Wirtschaftsministeriums vom 29. Januar 1919 in Sachen der öffentlichen Bewirtschaftung zugeführt. In deren Durchführung werden diejenigen Hauswirtschaftsvorstände, die miltgebende Hiegen haben, verpflichtet, in dem bei jeder Lebensmittelkarteausgabe beim Brotverkäufer mitzubringenden Permitschein die Zahl ihrer miltgebenden Hiegen anzugeben...

Eine Demonstration der Kriegsbeschädigten in Dresden.

Am Dienstag nachmittag vor dem Ministerium für Militärwesen statt. Etwa 200 bis 250 Krüppel und Kranke, viele darunter mit Strüden und in Krankenstühlen, stellten sich in guter Ordnung unter den Fenstern des Reichsbeauftragten Reuting auf...

Die Demonstration hatte den Zweck, diesen vor sechs Tagen bereits einmal eingereichten Forderungen einen größeren Nachdruck zu verleihen. Die Kriegsbeschädigten fühlen sich zurückgelassen, vergesen, und wollen ihre berechtigten Ansprüche für den Wiedereintritt ins Wirtschaftsleben gesichert wissen...

Da der Reichsbeauftragte sich in der Volkskammer befand, zogen die Demonstranten dorthin, wofür ihnen noch Rücksicht auf die Abordnung Minister Reuting in einer Rede Erfüllung ihrer hauptsächlichsten Wünsche zugesagt und versichert wurde...

Unfre Kriegsgefangenen in Rußland.

Über die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland erfahren wir von zuverlässiger Seite folgendes: In Sibirien sind die Kriegsgefangenen in geschlossenen Lagern untergebracht. Die Behandlung entspricht nicht den Grundsätzen des Völkerrechts...

Das Ende des Tabaks.

Die Verabredung der Verhandlungen über die Aufhebung der zollrechtlichen Beschränkungen unter anderem auch den Mangel an Tabak. Optimisten hatten sich der Lösung hingesehen, daß aus den Reichsbeständen große Mengen an Zigaretten, Zigarren und Rauchtabak an die Zivilbevölkerung gegeben werden könnten...

Die Durchstichereien im Train-Depot.

Der Prozeß Heintzel und Röhme wegen Verletzung von Offizieren, Hebersteiner und Köhler wegen Verletzung von Offizieren, Hebersteiner und Köhler wegen Verletzung von Offizieren, Hebersteiner und Köhler wegen Verletzung von Offizieren...

Kohlen für Kirchenheizung?

Trotzdem in den einzelnen Haushaltungen großer Kohlenmangel herrscht und wegen Verletzung ihrer Haushalte viele abgemietete werden, scheint es an Heizmaterial nicht ganz zu fehlen. Bis uns ein Abkommen unserer Zeitung mit eilt, wurde gestern vormittag an der Jakobikirche eine bespannte Fuhrer Galbrille abgefahren...

Diebstahl an armen Arbeitern.

Der schon oft bestrafte Metallarbeiter Karl Otto Langert aus Heidenberg betrat am 10. Dezember im Hauptbahnhof ein Klosett, das eben vorher ein Mann verlassen hatte. Er fand darin eine Geldtasche mit 370 Mark Inhalt und mehreren Wertpapieren...

Warnung der Arbeitslosen vor Schwindlern.

Zur Vermeidung unserer wachsenden Warnung an Arbeitslose sich vor überhandnehmender Schwinderei zu hüten, die es leidenschaftlich auf Zeit-Arbeits- und Erwerblosigkeiten abzielen...

sonders für Erfinder und Erfindungslustige folgendes bemerken: Erfahrungsgemäß blüht gerade auf dem Gebiete der Patentschutz-Verwertung, der Patentverwertung und des Eigentums der Erfindung, Unbemittelte Erfinder und solche, die es sonst angeht, tun deshalb gut, wenn sie sich vor obdenen Unerbietungen verschließen und sich beizeiten an die Auskunftsstelle für unbenutzte Erfindungen beim Verein für öffentliche Rechtsauskunft in Dresden-Rustadt, Kaiserstraße 11, wenden...

Eine Anzahl gewerblühiger Einbrecher ist in den letzten Tagen von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Es handelt sich um die zwanzigjährigen Brüder Anton und Georg Jara sowie deren 25jährige Schwester und deren Mutter und den achtzehnjährigen Franz Jara...

Zusammenstoß. Der 36jährige, mehrfach mit Gefängnis und Jugendhaus bestrafte Arbeiter Karl Richard Schiefer erstreckte sich beim Durchgang durch die Hauptstraße auf die Straße 18...

Der Schraubendampferverkehr zwischen Dresden und Wilmig ist wieder aufgenommen worden. Der Dampfer verläßt nachmittags 12 Uhr 30 Minuten ab Wilmig nach Dresden...

Vermischte Nachrichten. Ein heftiger Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens der Linie 21 mit einem solchen der Linie 18 trat sich Donnerstag nachmittags an der Kreuzung der König-Johann- und Moritzstraße zu. Die vollbesetzten Wagen wurden stark beschädigt...

Gewerkschaftsbewegung.

Ein heimlicher Angestelltenverband. Am Mittwoch wurde in Osnabrück ein Reichsverband deutscher Angestellten, e. V., gegründet. Der sich dem Gesamtverbande christlicher Gewerkschaften angeschlossen hat. Er will die gewerkschaftliche Vertretung der kaufmännischen und technischen Angestellten in Handel und Industrie...

25 Jahre Dresdner Theatergeschichte.

Viele Leute behaupten, daß Dresden hauptsächlich Glück ist. Das ist natürlich ein Irrtum — eins muß bei dem andern sein, wenn eine volle Weltung nach innen und außen erzielt werden soll. Graf Riccius Seedorf, der Generalintendant der vereinigten Landes-Theater, der am 1. März mit seinem 25jährigen Dienstjubiläum auch seinen Abschied begehrt, hat Verdienst und Glück aneinander zu fetten gewußt...

Dresdner Kalender.

Theater am 1. März. Opernhaus: Iphigenie auf Tauris (8). — Schauspielhaus: Ein Wintermärchen (6). — Albert-Theater: Jungferndämmerung (6 1/2). — Heidenberg-Theater: Der Himmelskinder (7 1/2). — Central-Theater: Die Hängende (7). — Volkshaus-Theater: Regenbrüder (6 1/2).

Sportartikell.

Reiter-Abfahrten. Altstadt, 6. März: Versammlung im Volkshaus. — Costa, 6. März: Versammlung im Goldenen Anker. — Stadt, 1. März: Versammlung im Feldschützen. — Lübtow, 1. März: Versammlung im Bürgergarten. — Reustadt, 6. März: Versammlung in der goldenen Sonne. — Griesen-Johann, Stadt, 4. März: Versammlung in der Deutschen Ecke.

Verlag und Verlag: Kaden u. Komp., Dresden. Mymians Thalia theater. Köllitzer Str. 6. Anfang 7 Uhr. Cont. II. 8. 7 Uhr. Na. mittags 3 Uhr. Letzte Probe. Kinder ab Hal 60. Vorzugskarten wochentags u. Sonntags nachm. 60 g.

Vertical text on the left margin, including page numbers and other small notices.

